



Bundesministerium
der Verteidigung

Strategie Verteidigung und Klimawandel



BUNDESWEHR

Inhalt

Vorwort	5
Zusammenfassung	6
Strategischer Rahmen	8
Vorgaben und Zielsetzung	12
Handlungsfelder	14
HF 1 – Geoinformationen, Früherkennung und Vorausschau	16
HF 2 – Technologien, Forschung und Entwicklung	18
HF 3 – Planung und Entwicklung von Fähigkeiten	20
HF 4 – Einsatz der Bundeswehr im gesamten Aufgabenspektrum	22
HF 5 – Befähigung zivilen und militärischen Personals	24
HF 6 – Verteidigungswichtige Infrastruktur	26
HF 7 – Hilfeleistungen der Bundeswehr im In- und Ausland	28
HF 8 – Zusammenarbeit und Partnerschaften	30
Umsetzung und weiteres Vorgehen	32



Vorwort

Das Jahr 2023 war im globalen Durchschnitt das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Extreme Hitze, extreme Stürme, extreme Unwetter und Regen – der Klimawandel ist weltweit zu spüren und seine Folgen sind sichtbar. Er ist absehbar die zentrale Herausforderung für die Menschheit und er verändert unsere Welt tiefgreifend.

Die Auswirkungen des Klimawandels machen dabei auch vor unserer Sicherheit nicht halt und haben direkten Einfluss auf die Streitkräfte. Die großen geopolitischen Spannungen und Krisen sowie Kriege in für Deutschland strategischen Regionen unterstreichen, dass die Bundeswehr als zentrales Instrument unserer integrierten Sicherheit kriegstüchtig und resilient sein muss. Der Klimawandel verlangt, sie zusätzlich anpassungsfähig und nachhaltig, also zukunftsfest aufzustellen.

Wir müssen uns auf den Klimawandel einstellen und seine Auswirkungen strategisch antizipieren. So vielfältig die Herausforderungen sind, denen sich auch die Bundeswehr aufgrund des Klimawandels gegenüber sieht, so umfassend müssen diese betrachtet werden.

Die Strategie Verteidigung und Klimawandel wird uns im Umgang mit der komplexen Bedrohung des Klimawandels, seinen Gefahren, Risiken und Unsicherheiten leiten: sie zeigt Handlungsfelder auf und entwickelt Zielvorgaben, um das Bundesministerium der Verteidigung und die Bundeswehr an den Klimawandel anzupassen und die Einsatzbereitschaft langfris-



tig, auch unter immer extremeren klimatischen Bedingungen, sicherzustellen.

Dabei spielen Zusammenarbeit und Partnerschaften eine zentrale Rolle in unserer Strategie – auf nationaler sowie auf multilateraler Ebene mit EU-, NATO- und internationalen Partnern. Denn eins ist sicher, den Klimawandel können wir nur gemeinsam angehen – und dabei wollen, dabei müssen wir vorangehen!

Ihr

Boris Pistorius
Bundesminister der Verteidigung

Zusammenfassung



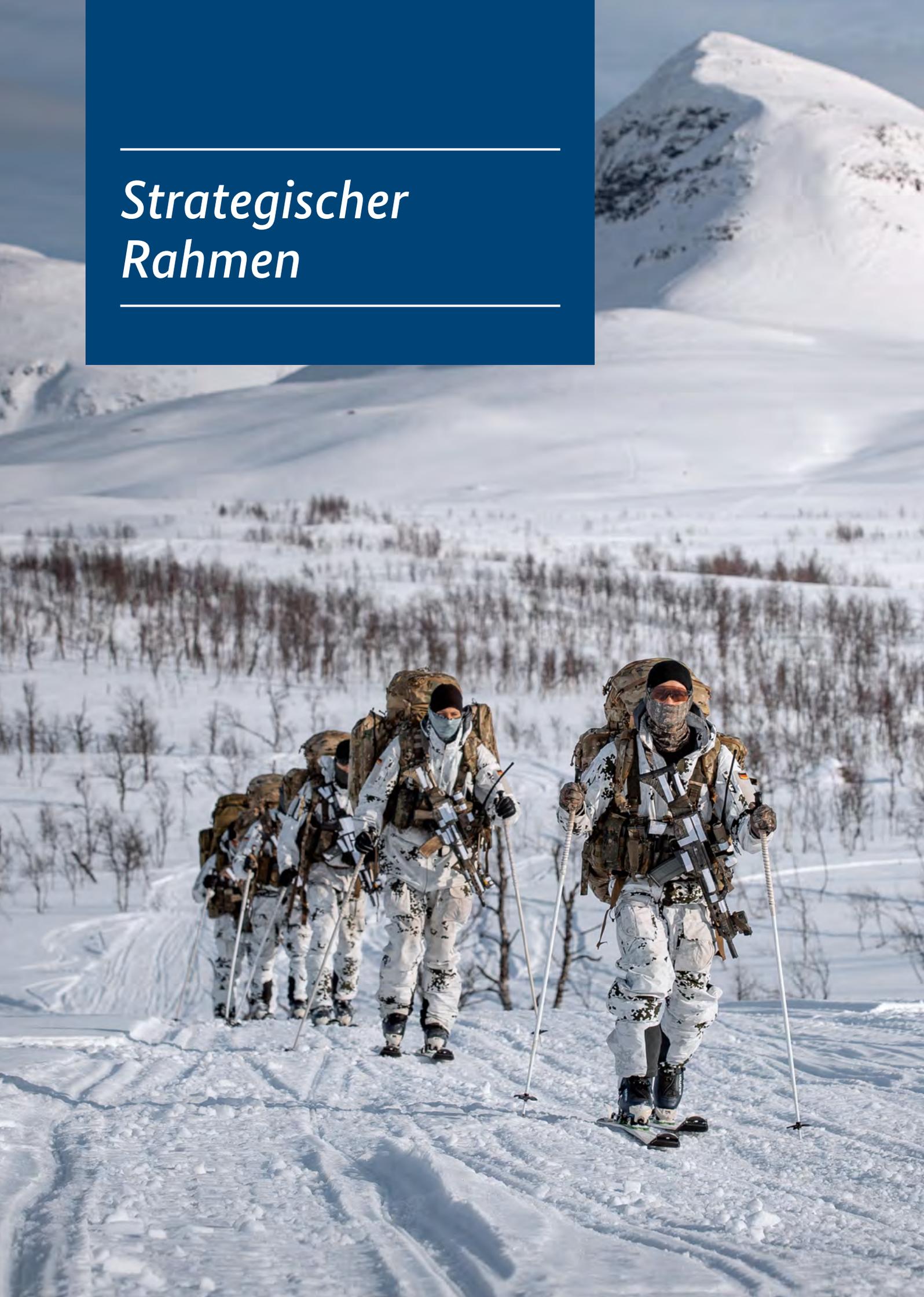
Der Klimawandel als globale Herausforderung hat bereits heute Auswirkungen auf unsere Sicherheits- und Verteidigungspolitik und betrifft damit unmittelbar auch den Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung einschließlich der Bundeswehr.

Ziel der Strategie „Verteidigung und Klimawandel“ ist es, den Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung konzeptionell auf die Auswirkungen des Klimawandels vorzubereiten und geeignete Maßnahmen anzustoßen, um die Einsatzbereitschaft zur Auftrags Erfüllung auch in der Zukunft uneingeschränkt sicherzustellen. Hierzu werden insgesamt acht Handlungsfelder betrachtet, die zum Erreichen des Ziels dieser Strategie beitragen:

Handlungsfeld	Ziel
Geoinformationen, Früherkennung und Vorausschau	Auswirkungen des Klimawandels frühzeitig erkennen, bewerten und relevante Ableitungen treffen
Technologien, Forschung und Entwicklung	Innovative Technologien und Forschung nutzen und fördern, um die Fähigkeiten der Bundeswehr anzupassen
Planung und Entwicklung von Fähigkeiten	Langfristige Nutzbarkeit der Fähigkeiten der Bundeswehr auch unter Einfluss des Klimawandels sicherstellen
Einsatz der Bundeswehr im gesamten Aufgabenspektrum	Auswirkungen des Klimawandels im Zyklus militärischer Planung und Durchführung von Einsätzen einbeziehen
Befähigung zivilen und militärischen Personals	Herausforderungen des Klimawandels bei Aus-/Fort- und Weiterbildung bzw. Qualifizierung und bei Übungen integrieren
Verteidigungswichtige Infrastruktur	Funktionsfähigkeit verteidigungswichtiger Infrastruktur für die Auftrags Erfüllung der Bundeswehr sicherstellen
Hilfeleistungen der Bundeswehr im In- und Ausland	Verfahren und Prozesse zur Bereitstellung subsidiärer Hilfeleistung der Bundeswehr stetig weiterentwickeln
Zusammenarbeit und Partnerschaften	Synergieeffekte und Kooperationspotenziale durch die Zusammenarbeit mit Partnern nutzen

In allen Handlungsfeldern werden klare Zielvorgaben formuliert, die in einem nächsten Schritt in internen Aktionsplänen zur konkreten Umsetzung operationalisiert werden. Somit legt die vorliegende Strategie den Grundstein für die zukunftsweisende Anpassung des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung an den Klimawandel.

Strategischer Rahmen



Der Klimawandel und die damit verbundene Klimakrise sind eine globale Herausforderung, die unsere Sicherheit und Verteidigung in Zukunft tiefgreifend verändern wird. Die Auswirkungen des Klimawandels berühren unmittelbar auch den Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung. Denn der Klimawandel kann in vielen Regionen neue Konflikte und Spannungen auslösen oder bestehende verschärfen und damit neue Handlungserfordernisse für Sicherheit und Verteidigung schaffen. Zugleich muss die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr auch bei sich verändernden klimatischen Bedingungen sichergestellt sein. Diese Strategie betrachtet die Auswirkungen des Klimawandels aus dem Blickwinkel der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und definiert Handlungsfelder für die zukunftsweisende Ausrichtung des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung.

Die Auswirkungen des Klimawandels – wie zunehmende Temperaturextreme, das Schmelzen von Eisflächen und Auftauen von Permafrostböden, der Anstieg des Meeresspiegels, Desertifikation oder die zunehmende Häufigkeit und Intensität von Extremwetterereignissen – verändern die Lebensgrundlagen von Menschen auf der ganzen Welt und werden sie an verschiedensten Orten weltweit auch bedrohen. Als Katalysator von Risiken und Konflikten wird der Klimawandel potenziell bestehende Konfliktlagen verschärfen und soziale Unruhen, Instabili-

tät und damit einhergehende Migrationsströme verstärken. Er hat zudem geopolitische Implikationen, wie die Öffnung neuer Schifffahrts- und Handelswege in der Arktis, den zunehmenden Wettbewerb um Ressourcen oder den durch die Energiewende perspektivisch steigenden Bedarf an seltenen Erden und alternativen Rohstoffen. Die aufgezeigten Folgen des Klimawandels drohen zunehmend den Nährboden für zukünftige Konflikte und geopolitische Spannungen zu bilden und zu Machtverschiebungen, neuen Konkurrenzverhältnissen und Sicherheitsrisiken zu führen. Sie entfalten damit eine sicherheitspolitische Relevanz und müssen querschnittlich in Analyse, Bewertung und Management von Konflikten einfließen.

Bereits heute wirken sich die Folgen klimatischer Veränderungen auf das gesamte Aufgabenspektrum der Bundeswehr aus. Sowohl die Umsetzung des Kernauftrags – die glaubwürdige Abschreckung und wirkungsvolle Verteidigung Deutschlands und seiner Verbündeten – als auch die militärischen Beiträge zum Internationalen Krisenmanagement der Bundesregierung erfordern die Befähigung der Bundeswehr, ihren Auftrag auch unter zunehmend extremeren Klima- und Umweltbedingungen erfüllen zu können.

Das stellt besondere Ansprüche an die Bundeswehr. Militärisches und ziviles Personal der Bundeswehr muss auf den Klimawandel und seine weitreichenden Folgen vorbereitet sein und be-



fähigt werden, damit umzugehen. Militärische Ausstattung und Ausrüstung, die umfassenden Planungs-, Beschaffungs- und Nutzungszyklen folgen, müssen auch bei extremeren klimatischen Bedingungen einsatzfähig sein. Dabei kommen innovativen Technologien und zukunftsweisender Forschung eine zentrale Bedeutung zu: Vor dem Hintergrund der endlichen Verfügbarkeit von Ressourcen, wie fossilen Brennstoffen, müssen die erforderliche Mobilität auf dem Gefechtsfeld sowie die Versorgung von Liegenschaften mit synthetischen Kraftstoffen oder weiteren alternativen Energieträgern sichergestellt und Versorgungskonzepte angepasst werden. Durch die Zunahme von Extremwetterereignissen wird die Beanspruchung ziviler und militärischer verteidigungswichtiger

Infrastruktur, auf deren Funktionsfähigkeit die Bundeswehr für die Erfüllung ihres Kernauftrages angewiesen ist, absehbar steigen. Zudem werden Naturkatastrophen in Zukunft verstärkt zu einem nationalen und internationalen Bedarf an subsidiärer Unterstützung durch die Bundeswehr führen.

Daneben steht weiterhin die Verpflichtung der Bundeswehr, ihren Beitrag zur Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit Deutschlands sowie der NATO und der EU jederzeit und lückenlos zu gewährleisten. Das unterstreicht die strategische Notwendigkeit für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung, sich umfassend und zukunftsweisend mit den Folgen der klimatischen Veränderungen zu befassen.

Die Zusammenarbeit mit Partnern ist entscheidend für die Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels. In der vorliegenden Strategie kommt daher bilateraler und multilateraler Zusammenarbeit eine herausgehobene Bedeutung zu. Im Rahmen der EU arbeiten Institutionen und Mitgliedstaaten bereits eng zusammen, um das gemeinsame Engagement zu stärken und nationale Anstrengungen besser zu koordinieren. Der Strategische Kompass der EU von 2022 wertet den Klimawandel und damit einhergehende Umweltveränderungen und Naturkatastrophen als Katalysatoren für Instabilität und Konflikte weltweit. Vor diesem Hintergrund setzt er den EU-Mitgliedstaaten zum Ziel, bis Ende 2023 nationale Strategien zur Vorbereitung der Streitkräfte auf den Klimawandel zu erstellen – das Bundesministerium der Verteidigung setzt diese Vorgabe mit der vorliegenden Strategie um. Weitere richtungsweisende EU-Dokumente sind die „Climate Change and Defense Roadmap“ (2020) sowie die Gemeinsame Mitteilung „A new outlook on the climate and security nexus“ (2023).

Die NATO integriert auf Grundlage des „Climate Change and Security Action Plan“ von 2021 sowie des Strategischen Konzepts von 2022 die Auswirkungen des Klimawandels in weite Teile ihres

Aufgabenspektrums und treibt die Anpassung der Allianz intensiv voran. Auch in den Vereinten Nationen (VN) und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) nimmt die Befassung mit den Auswirkungen des Klimawandels auf Frieden, Sicherheit und Stabilität eine zunehmend gewichtigere Rolle ein. VN-Friedensmissionen sind jetzt schon der primäre Handlungsrahmen in vom Klimawandel am stärksten betroffenen Konfliktländern. Der VN-Sicherheitsrat betonte daher bereits in mehreren Resolutionen die Folgen klimatischer Veränderungen für die Stabilität dieser Regionen. Die oben genannten Dokumente dienen der vorliegenden Strategie als Orientierung.

Mit der Veröffentlichung der Strategie „Verteidigung und Klimawandel“ reiht sich Deutschland in die Gruppe strategisch vorausschauend handelnder Staaten ein, die sich mit der Relevanz des Klimawandels für Sicherheit, Verteidigung und ihre Streitkräfte befassen. Die zunehmende Wahrnehmung des Themas birgt das Potenzial, Synergien mit europäischen und internationalen Partnern zu nutzen, um das eigene und das gemeinsame Engagement im Hinblick auf die Auswirkungen des Klimawandels auf Sicherheit und Verteidigung zu stärken.

Vorgaben und Zielsetzung



Die verfassungsrechtlichen Vorgaben sowie die Zielsetzungen der Nationalen Sicherheitsstrategie der Bundesregierung, entlang der darin definierten sicherheitspolitischen Interessen und strategischen Prioritäten, sind Grundlage für die Rolle der Bundeswehr als Garant der Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit Deutschlands. Die Bundeswehr ist das Kerninstrument der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Sie gewährleistet die Freiheit und Sicherheit Deutschlands und seiner Verbündeten.

Die Nationale Sicherheitsstrategie trägt der sicherheitspolitischen Bedeutung des Klimawandels und der Schutzbedürftigkeit der Lebensgrundlagen im Verständnis integrierter Sicherheit durch die gleichrangige Verankerung der Gestaltungsfelder „Wehrhaftigkeit“, „Resilienz“ und „Nachhaltigkeit“ Rechnung. Die Eindämmung der Klimakrise und der Umgang mit ihren Auswirkungen werden darin als eine der fundamentalsten und drängendsten Aufgaben des Jahrhunderts bewertet, und die Notwendigkeit der Erarbeitung von Anpassungsstrategien unterstrichen. Hierzu leistet diese Strategie einen Beitrag.

Sie ordnet sich unterhalb der Verteidigungspolitischen Richtlinien in die Strategielandschaft des Bundesministeriums der Verteidigung als politisch-strategisches Dokument ein. Sie steht komplementär neben der „Nachhaltigkeits- und Klimaschutzstrategie“ des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung, welche die bestehenden nationalen Vorgaben der Bundesregierung in den Bereichen Klimaschutz, Emissionsreduzierung und Nachhaltigkeit in konkrete Maßnahmen umsetzt.

Die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr als ein zentrales Element integrierter Sicherheit für Deutschland ist zu jedem Zeitpunkt zu gewährleisten. Die Auswirkungen des Klimawandels werden sicherheitspolitische Herausforderungen, hieraus abgeleitete Aufträge und Aufgaben der Bundeswehr sowie die Einsatzbereitschaft im gesamten Aufgaben- und Fähigkeitsspektrum zunehmend beeinflussen. Transformationsprozesse vor dem Hintergrund des Klimawandels, wie etwa die Energiewende, erfordern darüber hinaus eine militärspezifische Berücksichtigung.

Die Strategie „Verteidigung und Klimawandel“ beschreibt Handlungsfelder und Zielvorgaben für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung, um die Erfüllung des Auftrages der Bundeswehr unter sich wandelnden klimatischen Bedingungen sicherzustellen. Damit trägt sie dazu bei, dass Deutschland wehrhaft und resilient ist sowie nachhaltig handelt. Gleichzeitig setzt sie die im Strategischen Kompass der EU eingegangene Verpflichtung um. Das übergeordnete Ziel lautet daher:

Die Auswirkungen des Klimawandels werden im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung umfassend berücksichtigt, um die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zur Erfüllung der Aufgaben und Aufträge auch in der Zukunft uneingeschränkt sicherzustellen.

Handlungsfelder



Die vorliegende Strategie betrachtet acht strategische Handlungsfelder, abgeleitet von den Auswirkungen des Klimawandels auf Sicherheit und Verteidigung und somit das Aufgaben- und Fähigkeitsspektrum des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung.

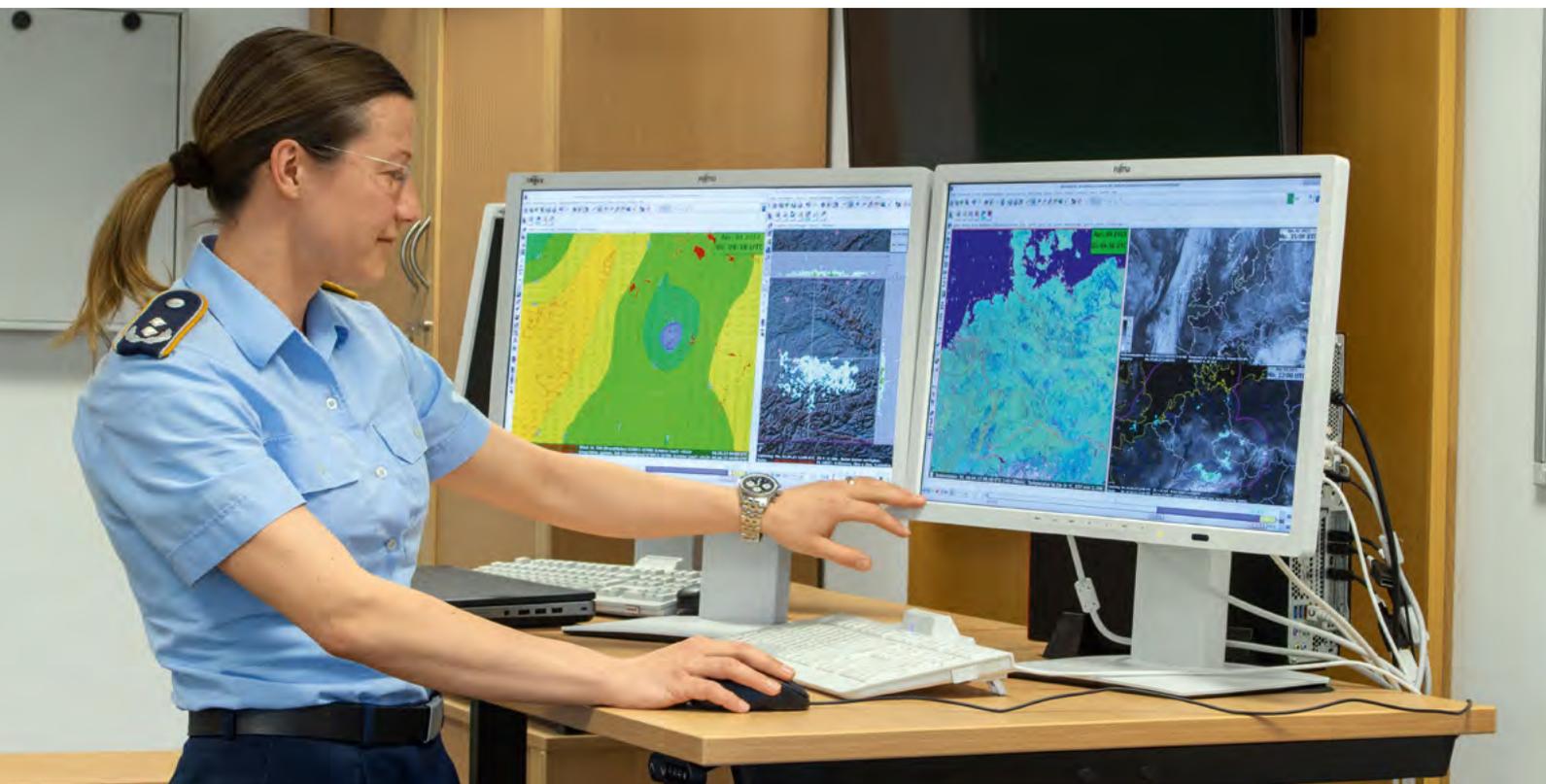
- Handlungsfeld 1 Geoinformationen, Früherkennung und Vorausschau*
- Handlungsfeld 2 Technologien, Forschung und Entwicklung*
- Handlungsfeld 3 Planung und Entwicklung von Fähigkeiten*
- Handlungsfeld 4 Einsatz der Bundeswehr im gesamten Aufgabenspektrum*
- Handlungsfeld 5 Befähigung zivilen und militärischen Personals*
- Handlungsfeld 6 Verteidigungswichtige Infrastruktur*
- Handlungsfeld 7 Hilfeleistungen der Bundeswehr im In- und Ausland*
- Handlungsfeld 8 Zusammenarbeit und Partnerschaften*

Die Reihenfolge der Handlungsfelder stellt keine Priorisierung dar, sie tragen alle zur übergeordneten Zielerreichung bei. In den Handlungsfeldern werden Schwerpunkte identifiziert und Zielvorgaben definiert. Diese Zielvorgaben stellen zukünftige Grundlinien dar und sind zugleich Auftrag für die weitere Umsetzung der Strategie, die in Kapitel 6 dargestellt wird.

Handlungsfeld 1 – Geoinformationen, Früherkennung und Vorausschau

Um die Auswirkungen des Klimawandels auf Sicherheits- und Verteidigungspolitik frühzeitig zu erkennen, zu bewerten und relevante Ableitungen für das Aufgaben- und Fähigkeitsspektrum des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung treffen zu können, bedarf es wissenschaftlich fundierter Grundlagen. Die Erkenntnisse zu klimatischen Veränderungen fließen bereits heute in die Arbeit des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung ein. Maßgeblich ist die Beratung durch den Geoinformationsdienst der Bundeswehr zur Erfassung und Bewertung der Wechselwirkungen von Geofaktoren in Bezug auf die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die Zusammenführung aller Erkenntnisse und deren anschauliche Aufbereitung in einem internen Informationsportal „Verteidigung und Klimawandel“ wird eine Informations- und Entscheidungsgrundlage für alle Handlungsfelder der vorliegenden Strategie bieten.

Eine zukunftsgerichtete Sicherheits- und Verteidigungspolitik bedarf darüber hinaus der Fähigkeit zur Früherkennung kurzfristiger und zur Vorausschau langfristiger Entwicklungen. Die Folgen klimatischer Veränderungen müssen mit den Möglichkeiten der Krisenfrüherkennung, strategischen Vorausschau und Zukunftsanalyse des Bundesministeriums der Verteidigung systematisch betrachtet werden. Die Identifikation möglicher neuer Einsatzräume, die Erhöhung von Konfliktpotenzial oder die konkreten Auswirkungen auf Einsatzszenarien der Bundeswehr sind hierfür Beispiele. Bereits heute werden fallweise Analysen der sicherheits- und verteidigungspolitischen Auswirkungen des Klimawandels durchgeführt. Ziel ist es, das Bewusstsein für die konkreten Implikationen für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung umfassend zu schärfen und eine vorausschauende Ausrichtung eigenen Handelns zu ermöglichen. Krisenfrüherkennung und Vorausschau sollten auch krisenpräventive sicherheitspolitische Handlungsoptionen berücksichtigen und die besondere Betroffenheit vulnerabler Gruppen in Konfliktsituationen einbeziehen. Die Betrachtung der Auswirkungen des Klimawandels im Rahmen von Maßnahmen der Krisen-



früherkennung und Vorausschau des Bundesministeriums der Verteidigung muss daher vertieft, verstetigt und durch neue und innovative Methoden erweitert werden.

Darüber hinaus haben das Bundesministerium der Verteidigung und das Auswärtigen Amt führende wissenschaftliche Institute sowie den Bundesnachrichtendienst mit der Untersuchung der Auswirkungen des Klimawandels auf die nationale Sicherheit Deutschlands beauftragt, und setzen damit eine Vorgabe der Nationalen Sicherheitsstrategie um. Die gewonnenen Erkenntnisse werden auf nationaler Ebene in die zukunftsorientierte Ausrichtung des eigenen Handelns einfließen und auf europäischer und internationaler Ebene eingebracht.

In diesem Handlungsfeld sind folgende Zielvorgaben zu erreichen:

- ⇒ Die Beratungsfähigkeit des Geoinformationsdienstes hinsichtlich der kurz- bis langfristigen Folgen klimatischer Veränderungen für alle Planungskategorien ist verstärkt.
- ⇒ Der „Online-Dienst Landeskundliche Unterstützung“ des Geoinformationsdienstes ist zu einem internen Informationsportal „Verteidigung und Klimawandel“ weiterentwickelt.
- ⇒ Die stetige Weiterentwicklung des Informationsportals, auch im ressortübergreifenden Austausch, ist gewährleistet. Dessen Nutzung als Informations- und Entscheidungsgrundlage für alle Handlungsfelder der Strategie ist in relevanten Prozessen verankert.
- ⇒ Die Maßnahmen der Krisenfrüherkennung beinhalten sich verstärkt mit den Auswirkungen des Klimawandels auf Sicherheit und Verteidigung. Dies betrifft das Kompetenzzentrum Krisenfrüherkennung an der Universität der Bundeswehr in München sowie die Weiterentwicklung der existierenden IT-Unterstützung zur Krisenfrüherkennung.
- ⇒ Die Maßnahmen der strategischen Vorausschau und Zukunftsanalyse sind ebenfalls systematisch mit dem Thema befasst.
- ⇒ Methoden wie Modellbildung und Simulation, Experimente und Konfliktsimulation werden in Krisenfrüherkennung und Vorausschau eingesetzt, und Möglichkeiten zur projektbezogenen Zusammenarbeit mit Partnern und Institutionen werden genutzt.
- ⇒ Die Zusammenarbeit mit den Universitäten und der Führungsakademie der Bundeswehr sowie mit Think Tanks ist ausgebaut, um spezifische Expertise und Synergieeffekte zielgerichtet und projektbasiert zu nutzen.
- ⇒ Die Untersuchung der Auswirkungen des Klimawandels auf die nationale Sicherheit Deutschlands in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt ist veröffentlicht und wird in relevanten Arbeitssträngen als Informationsgrundlage genutzt.
- ⇒ Der ressortübergreifende, europäische und internationale Austausch wird verstärkt genutzt, um eigene Erkenntnisse zu teilen, relevante Informationen aufzunehmen und Bewertungen abzugleichen.

Handlungsfeld 2 – Technologien, Forschung und Entwicklung

Innovative Technologien und zukunftsweisende Forschung spielen eine zentrale Rolle in der Anpassung des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung an die Auswirkungen des Klimawandels. Viele klimawandelbedingte Herausforderungen, einschließlich für die Fähigkeiten der Streitkräfte, werden für ihre Bewältigung technologischen Fortschritt erfordern. Technologien, die die Einsatzfähigkeit von Streitkräften auch vor dem Hintergrund von Klimawandel und Energiewende sicherstellen, können gleichzeitig die Durchhaltefähigkeit stärken und die Abhängigkeit von knapper werdenden Ressourcen verringern.

Um die planerisch vorgegebenen Fähigkeiten technologisch vorzubereiten, setzt die wehrtechnische Forschung und Technologie (F&T) nach dem Add-On-Prinzip auf der zivilen Forschung auf, analysiert neue Technologien und beurteilt deren Bedeutung für die Streitkräfte. Sie reagiert demnach auf dynamische Entwicklungen, wirkt selbst als Innovationstreiber und fördert dadurch die Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr. Ergänzt wird die wehrtechnische F&T durch die geowissenschaftliche Ressortforschung sowie die universitäre Forschung an den beiden Universitäten der Bundeswehr.

Ein breites Spektrum militärischer Themen wird dabei betrachtet, darunter auch solche, die im Zusammenhang mit dem Klimawandel stehen. Ein Fokus liegt auf der Energiewende und der angestrebten Defossilisierung. Um die Einsatzfähigkeit langfristig zu sichern, müssen für den uneingeschränkten Erhalt und Ausbau der militärischen Fähigkeiten alternative Energieträger identifiziert und Versorgungskonzepte erstellt werden. Ein weiteres Thema ist die zunehmende Wasserknappheit in zahlreichen Regionen der Welt. Auch hier können neue, umweltschonende und energieeffiziente Technologien einen Beitrag leisten, um die Versorgung der Bundeswehr, auch im Einsatz, sowie die effiziente Nutzung der knappen Ressource Wasser auch durch militärische Systeme sicherzustellen. Dies vermeidet zugleich ungewollte Konkurrenzsituationen zur lokalen Bevölkerung und schont Ressourcenvorkommen, insbesondere in vom Klimawandel betroffenen Konfliktländern.

Grundsätzlich gilt es, innovative und zukunftsweisende technologische Lösungsansätze für die Bundeswehr zu identifizieren, zu bewerten und zügig zur Anwendung zu bringen. Dies schließt auch die Anpassung an klimatische Veränderungen ein. Wesentliche Innovationspotenziale liegen sowohl in einer soliden nationalen wehrtechnischen F&T als auch in multinationalen Forschungsvorhaben, insbesondere im EU- und NATO-Rahmen.



In diesem Handlungsfeld sind folgende Zielvorgaben zu erreichen:

- ⇒ Der F&T-Prozess betrachtet die Folgen klimatischer Veränderungen für alle relevanten Bereiche der Zukunftsentwicklung, sodass zukünftige Technologien die Einsatzfähigkeit der Streitkräfte auch vor dem Hintergrund von Klimawandel und Energiewende sichern.
- ⇒ Um das Anwendungspotenzial neuer Technologien zukunftsicher einschätzen zu können, ist die notwendige Analyse- und Bewertungsfähigkeit kontinuierlich sichergestellt.
- ⇒ Maßnahmen zur gezielten anwendungsbezogenen Erprobung innovativer technologischer Lösungen und zur Ableitung von Erkenntnissen über klimawandelbedingte Anforderungen an Fähigkeiten, Ausrüstung und Einsätze der Bundeswehr werden genutzt.
- ⇒ Die Beteiligung an multinationalen Forschungsvorhaben, welche technologische, fähigkeitsrelevante Lösungsansätze für die Bundeswehr unter den Bedingungen des Klimawandels betrachten, ist zielgerichtet verstärkt und entspricht dem Stand von Wissenschaft und Technik.

Handlungsfeld 3 – Planung und Entwicklung von Fähigkeiten

Um die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr unter allen Klima- und Umweltbedingungen auch in der Zukunft sicherzustellen, sind entsprechend ausgebildetes Personal, geeignetes Material sowie die dazugehörige Infrastruktur notwendig. Die integrierte Planung überführt politisch-strategische Vorgaben in konkrete Fähigkeiten für die Bundeswehr und setzt den Rahmen für alle weiteren Prozesse. Die Auswirkungen des Klimawandels müssen hierfür kontinuierlich bewertet und relevante Ableitungen für das Aufgaben- und Fähigkeitspektrum der Bundeswehr einbezogen werden.

Zur Gewährleistung der Auftrags Erfüllung in allen zukünftigen Einsatzräumen sind Nutzungsdauer und Einsatzspektrum der Fähigkeiten sowie Auswirkungen des Klimawandels auf der Zeitachse abzuwägen und Folgerungen in Planungs- und Beschaffungsentscheidungen einzubeziehen.

Dabei ist ein hohes Maß an Agilität notwendig, um Planungen mit langen Zeithorizonten sowie Flexibilität gegenüber dynamischen Entwicklungen und neuen technologischen Lösungsansätzen zu vereinen. Ein konkretes Beispiel für laufende Überlegungen hierzu ist der Umgang mit dem weiterhin bestehenden Bedarf an fluiden Energieträgern und dem Potenzial synthetischer Kraftstoffe für militärische Mobilität.

Die Grundlage zur Einbeziehung der Auswirkungen des Klimawandels in den Planungsprozess liegt in der Verankerung strategischer Vorgaben in der konzeptionellen Dokumentenlandschaft sowie in der Nutzung von Erkenntnissen aus Zukunftsanalyse und Zukunftsentwicklung. Dabei werden notwendige Fähigkeiten für mögliche zukünftige Konflikte und Einsätze betrachtet, konkrete Auswirkungen, Chancen und Risiken für die Streitkräfte formuliert und Vorgaben sowie Abholpunkte für die Fähigkeitsentwicklung gesetzt. Darauf aufbauend müssen die Folgen klimatischer Veränderungen in allen relevanten An-



teilen des Planungsprozesses betrachtet werden. Auch die Planungsvorgaben der NATO, maßgebliche und kontinuierliche Einflussgröße für die Integrierte Planung, sowie die Fähigkeitsprioritäten der EU beziehen die Herausforderungen des Klimawandels ein.

In diesem Handlungsfeld sind folgende Zielvorgaben zu erreichen:

- ⇒ Die Thematik „Auswirkungen des Klimawandels“ ist in den Grundlagendokumenten des Planungsprozesses berücksichtigt und fließt in die zukunftsorientierte Weiterentwicklung der Fähigkeiten der Bundeswehr ein.
- ⇒ Im Rahmen des Planungsprozesses und dessen Produkte sind Anknüpfungspunkte identifiziert und definiert, in denen die möglichen klimatischen Veränderungen systematisch mitbetrachtet werden.

- ⇒ Die Auswirkungen des Klimawandels auf das Themenfeld der Integrierten Planung sind in entsprechende Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen einbezogen.
- ⇒ Erkenntnisse zur Nutzung militärischer Fähigkeiten unter allen klimatischen Bedingungen, die sich aus der Auswertung von Einsätzen der Bundeswehr ergeben, sind in den Planungsprozess eingeflossen.
- ⇒ Der Austausch im bi- und multilateralen Rahmen zur Einbindung von Klimaaspekten in der nationalen und multinationalen Fähigkeitsplanung und -entwicklung ist verstärkt. Gestaltungspotenzial auf der Grundlage gemeinsamer Standards und Normen, die gleichzeitig die Grundlage für Interoperabilität unter sich ändernden klimatischen Bedingungen schaffen, ist identifiziert und wird genutzt.



Handlungsfeld 4 – Einsatz der Bundeswehr im gesamten Aufgabenspektrum

Der Klimawandel wird sich vollumfänglich auf die Einsätze der Bundeswehr im gesamten Aufgabenspektrum auswirken – von Landes- und Bündnisverteidigung über Internationales Krisenmanagement bis hin zu Einsatzgleichen Verpflichtungen und anerkannten Missionen im Ausland. Klimatische Bedingungen beeinflussen das konkrete Konfliktgeschehen, stellen hohe Ansprüche an Personal, Material, Ausbildung, Qualifizierung sowie Übung und können die Durchführung des eigenen Auftrages erheblich erschweren. Alle in dieser Strategie genannten

Handlungsfelder tragen zum übergeordneten Ziel bei, die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr im gesamten Aufgabenspektrum sicherzustellen.

Insgesamt gilt es, die bereits bestehende systematische Betrachtung von Geofaktoren stetig an veränderte Realitäten anzupassen, die zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels auf das Konfliktgeschehen vor Ort zu antizipieren und entsprechende Ableitungen für Einsatz- bzw. Operationsplanung und -führung zu treffen. Im Rahmen von Landes- und Bündnisverteidigung muss die Resilienz der Logistik sowie der Versorgungsketten auf dem deutschen Staats- und im NATO-Bündnisgebiet sichergestellt und eine Leistungserbringung der „Drehscheibe Deutsch-



land“ auch unter zunehmend schwierigeren klimatischen Bedingungen und unerwarteten Extremwetterereignissen garantiert werden. Bei Einsätzen im Rahmen des Internationalen Krisenmanagements müssen logistische Abhängigkeiten und der eigene ökologische Fußabdruck reduziert und die Operative Resilienz gestärkt werden. Synergieeffekte können sich durch internationale Zusammenarbeit ergeben, beispielsweise im Rahmen der VN. Truppensteller in VN-Friedensmissionen müssen bereits jetzt umfassende VN-Vorgaben, wie die Begrenzung des Energie- und Wasserverbrauches und den Einsatz erneuerbarer Energien, umsetzen. Im Rahmen der Freundesgruppe „Leading on Environmental Management in the Field“ sowie der Peacekeeping Reform („Action for Peacekeeping“) setzt sich Deutschland für eine Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels und die Stärkung der Einsatzbereitschaft von VN-Friedensmissionen und deren Truppenstellern ein.

Extreme klimatische Bedingungen können eine hohe physische und psychische Belastung für Personal im Einsatz darstellen und das Gesundheitsrisiko im Einsatzgebiet erhöhen, beispielsweise durch die regionale Ausbreitung von Infektionserkrankungen bzw. deren Vektoren. Daher kommt der Berücksichtigung in Risikoevaluation und abgeleiteten Präventionsstrategien im Rahmen der Einsatzplanung und -führung eine Schlüsselrolle zum Erhalt der Einsatzbereitschaft des Personals zu.

In diesem Handlungsfeld sind folgende Zielvorgaben zu erreichen:

⇒ Die Betrachtung der Auswirkungen des Klimawandels auf Geofaktoren, Konfliktgeschehen und Auftragserfüllung im Zyklus der militärischen Vorbereitung, Planung, Durchführung,

Nachbereitung und Auswertung von Einsätzen der Bundeswehr ist sichergestellt.

- ⇒ Die Auswirkungen des Klimawandels auf das deutsche Staatsgebiet und mögliche Einsatzgebiete sind in die Ausplanung der Rolle als „Drehscheibe Deutschland“ einbezogen.
- ⇒ Bei der Ausplanung von Versorgungs- und Unterstützungskonzepten und der Einsatzinfrastruktur im Rahmen des Internationalen Krisenmanagements sind extreme klimatische Bedingungen sowie mögliche Maßnahmen zur Reduzierung des eigenen ökologischen Fußabdrucks berücksichtigt.
- ⇒ Eine mögliche Nachnutzung von Einsatzinfrastruktur durch das Gastland oder andere Truppensteller wird von Beginn an bei Planung und Umsetzung berücksichtigt.
- ⇒ Die Zusammenarbeit mit der Industrie, Wirtschaft sowie anderen Streitkräften ist gewährleistet, um Synergieeffekte und innovative Lösungsansätze auszuschöpfen.
- ⇒ Die Vorgaben der VN – „Environmental Policy for Peacekeeping Operations and Field-Based Special Political Missions“, „Environment Strategy for Peace Operations 2030“ sowie „Environmental Management Handbook for Military Commanders in UN Peace Operations“ – werden bei der Planung und Durchführung deutscher Beteiligung an VN-Einsätzen umgesetzt.
- ⇒ Die Entsendung von Fachpersonal zur Klima- und Umweltberatung in Missionen und Operationen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU entsprechend dem Strategischen Kompass sowie in VN-Friedensmissionen ist geprüft.

Handlungsfeld 5 – Befähigung zivilen und militärischen Personals

Die Auswirkungen des Klimawandels werden bereits bei der inhaltlichen Gestaltung von Aus-/Fort- und Weiterbildung¹ und Qualifizierung des zivilen und militärischen Personals sowie bei Übungen berücksichtigt. Diese Maßnahmen müssen auch weiterhin kontinuierlich überprüft und vorausschauend an die zunehmenden Herausforderungen angepasst werden. Die Bandbreite reicht von militärischen Ausbildungen und Übungen unter unterschiedlichen Klima- und Umweltbedingungen bis zur Befähigung des zivilen und militärischen Führungspersonals zu strategischem Handeln unter Berücksichtigung der Auswirkungen des Klimawandels. Auf taktischer

Ebene müssen die Streitkräfte weiterhin in der Lage sein, ihre Aufträge auch unter immer extremeren klimatischen Bedingungen zu erfüllen. Auf strategischer und operativer Ebene muss militärisches und ziviles Führungspersonal befähigt sein, die klimatischen Veränderungen in Einsatz- bzw. Operationsplanung und -führung sowie Fähigkeitsentwicklung zu berücksichtigen und sich auf verändernde Konfliktgeschehen einzustellen. Dies setzt eine zielgruppenspezifische und ebengerechte Ausbildung und Qualifizierung des militärischen und zivilen Personalkörpers durch Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie in militärischen und zivil-militärischen Übungsvorhaben voraus.

Aus den nationalen, EU- und NATO-Strategien sowie gesetzlichen Vorgaben zur Eindämmung

1 Im weiteren Text unter „Ausbildung“ subsumiert.



des Klimawandels und Anpassung an die Auswirkungen ergeben sich zudem wachsende Anforderungen. Daher ist es notwendig, Beschäftigte auf allen Ebenen zielgruppen- und ebenengerecht zu sensibilisieren und ein umfassendes Verständnis für Auswirkungen des Klimawandels auf Sicherheit, Verteidigung und den Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung zu schaffen.

In diesem Handlungsfeld sind folgende Zielvorgaben zu erreichen:

- ⇒ Die Auswirkungen des Klimawandels auf Sicherheit und Verteidigung sind themenspezifisch in bestehende und gegebenenfalls neue Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie Übungen integriert. Sie sind in den Lehrinhalten der Ausbildungs- und Bildungseinrichtungen der Bundeswehr zielgruppen- und bedarfsgerecht abgebildet.
- ⇒ Einsatzvorbereitende Ausbildung bildet die Auswirkungen des Klimawandels auf die Mandatsumsetzung und das vor Ort eingesetzte Personal und Material ab. Die Bedeutung von angepassten Risiko- und Präventivmaßnahmen wird adäquat berücksichtigt.
- ⇒ Personal mit Expertise zu den Auswirkungen des Klimawandels auf Sicherheit und Verteidigung wird zielgerichtet weiterqualifiziert.
- ⇒ In militärischen und zivil- militärischen Übungsvorhaben sind konkrete Auswirkungen des Klimawandels, in Verbindung mit verschiedenen Einsatzszenarien und wenn möglich in Zusammenarbeit mit Partnern oder in multinationalen Formaten, integriert.
- ⇒ Innovative Methoden – wie technologiegestützte Ausbildung, Modellbildung und Simulation, Operations Research sowie Konfliktsimulation – werden kontinuierlich geprüft und bereitgestellt, um Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie Übungen jederzeit sicherzustellen. Hierbei werden Aspekte des Klimawandels, sofern Sie Einfluss auf die Einsatzbereitschaft bzw. Auftragserfüllung haben können, integriert.
- ⇒ Multinationale Ausbildungsmöglichkeiten, wie in EU, NATO und VN, werden genutzt, um eigenes Personal zu sensibilisieren und weiterzubilden. Eigene Expertise wird in Form eines regelmäßigen Trainingsangebots in Zusammenarbeit mit Partnern und/oder nationalen Ausbildungseinrichtungen in multinationale Ausbildungen eingebracht.
- ⇒ Bereits begonnene Sensibilisierungsmaßnahmen – wie zu den Themen Nachhaltigkeit, Klimaschutz und den Auswirkungen des Klimawandels – werden konsequent fortgeführt.

Handlungsfeld 6 – Verteidigungswichtige Infrastruktur

Um den Auftrag der Bundeswehr zu erfüllen, muss verteidigungswichtige Infrastruktur² jederzeit bereitstehen und genutzt werden können. Die Auswirkungen des Klimawandels können jedoch zu Schäden an verteidigungswichtiger Infrastruktur – wie an Hafenanlagen, Mobilitätskorridoren, Energienetzen oder Telekommunikationsinfrastrukturen – führen und damit die Fähigkeit der Bundeswehr zur Erfüllung ihrer Aufgaben stark beeinträchtigen. Die Resilienz verteidigungswichtiger Infrastruktur und damit ihre Funktionsfähigkeit muss daher auch bei Zunahme von Extremwetterereignissen sichergestellt sein. Dabei muss zwischen militärischer und ziviler Infrastruktur von militärischer Bedeutung unterschieden werden.

Die konkrete Festlegung verteidigungswichtiger Infrastruktur in Deutschland ist ein notwendiger, unter Berücksichtigung der sich ändernden Lage und Bedarfe ständig fortzuschreibender Vorgang, der über den Rahmen dieser Strategie hinausgeht. Um die Vulnerabilität dieser Infrastruktur vor dem Hintergrund der Auswirkungen des Klimawandels in Deutschland bewerten und möglichen Handlungsbedarf für die Anpassung ableiten zu können, bedarf es einer umfassenden Risikoanalyse, Definition der Schutzziele und Operationalisierung.

Anforderungen an militärische verteidigungswichtige Infrastruktur im Hinblick auf Resilienz, Autarkie und Energieversorgung gilt es entsprechend zu prüfen und anzupassen. Dabei ist das gesamte Spektrum möglicher Lösungsansätze zur Steigerung der Resilienz militärischer verteidigungswichtiger Infrastruktur zu betrachten, wo immer es technisch möglich, sinnvoll und nachhaltig ist. Beispielhaft kann hier die Nutzung erneuerbarer Energien genannt werden, die die Abhängigkeit von externen Versorgern und fossiler Energieerzeugung anteilig reduziert, somit die Resilienz steigert und gleichzeitig auch zum Klimaschutz beiträgt.

Auch zivile Infrastruktur von militärischem Interesse muss verlässlich verfügbar sein. Dies erfordert einen kontinuierlichen ressort- und sektorübergreifenden Austausch sowie etablierte Prozesse mit den zuständigen zivilen Stellen im Rahmen zivil-militärischer Zusammenarbeit. Die gesicherte Versorgung mit Energie, Waren, Ausrüstung und Dienstleistungen ist für die Bundeswehr und die Auftragserfüllung von großer Bedeutung und muss gewährleistet sein. Mögliche Folgen klimatischer Veränderungen sollten daher vor dem Hintergrund der Aufrechterhaltung der Infrastruktur zur Lieferung dieser Güter mitbetrachtet werden.

In diesem Handlungsfeld sind folgende Zielvorgaben zu erreichen:

⇒ Bei der Erfassung und Bewertung der verteidigungswichtigen Infrastruktur in Deutschland

2 Verteidigungswichtige Infrastruktur setzt sich aus militärischer und ziviler Infrastruktur von militärischer Bedeutung für Einsatz und Aufgabenwahrnehmung der Bundeswehr im Rahmen Landes- und Bündnisverteidigung, Dauereinsatzaufgaben, dauerhafter zivil-militärischer Kooperationen und Unterstützungsleistungen zusammen. Dabei umfasst die militärische Infrastruktur Anlagen und Einrichtungen des Bundesministeriums der Verteidigung und der Bundeswehr sowie der NATO, EU und verbündeter Streitkräfte. Zivile Infrastruktur bezeichnet zivile Infrastruktur von militärischem Interesse, zivile Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen, Infrastruktur zur Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktion und kritische Infrastrukturen.

werden die möglichen Auswirkungen des Klimawandels einbezogen.

- ⇒ Die Vulnerabilität verteidigungswichtiger Infrastruktur unter Einfluss des Klimawandels ist in einer systematischen Risikoanalyse bewertet.
- ⇒ Daraus abgeleiteter Handlungsbedarf für militärische verteidigungswichtige Infrastruktur ist in die Infrastrukturverfahren eingebracht und die notwendigen Rahmenbedingungen zur Umsetzung sind geschaffen. Diesen Handlungsbedarf gilt es, in Übereinstimmung mit den Anstrengungen zum Klimaschutz im Sinne der „Nachhaltigkeits- und Klimaschutzstrategie“ des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung umzusetzen.
- ⇒ Zum Schutz militärischer verteidigungswichtiger Infrastruktur vor Extremwetterereignissen ist ein interner Prozess zum Warnmanagement geschaffen und wird genutzt.
- ⇒ Die Nutzbarkeit von Ausbildungs-, Übungs- und Einsatzinfrastruktur zur Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft und der Abschre-

ckung ist auch bei veränderten klimatischen Bedingungen gewährleistet.

- ⇒ Militärische verteidigungswichtige Infrastruktur ist resilient gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels.
- ⇒ Auf nationaler und internationaler Ebene sind Formate zum Austausch und zur Zusammenarbeit zum Schutz militärischer verteidigungswichtiger Infrastruktur etabliert. Verbindungen zwischen diesen Formaten sind identifiziert und werden genutzt, auch um Duplizierungen zu vermeiden.
- ⇒ Die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen wird konsequent genutzt, um geeignete, innovative Lösungskonzepte für militärische verteidigungswichtige Infrastruktur unter Beachtung der spezifischen Anforderungen zu identifizieren.
- ⇒ Mögliche Folgen klimatischer Veränderungen für die Versorgung der Bundeswehr mit Energie, Waren, Ausrüstung und Dienstleistungen sind identifiziert.



Handlungsfeld 7 – Hilfeleistungen der Bundeswehr im In- und Ausland

Die Zunahme von Naturkatastrophen und Extremwetterereignissen aufgrund des Klimawandels wird im In- und Ausland zu einer Zunahme der Häufigkeit und Intensität humanitärer Krisen und damit zu steigenden Bedarfen an Not- und Katastrophenhilfe führen. Vor diesem Hintergrund ist auch mit einer Zunahme von Hilfeleistungsgesuchen zur Unterstützung durch die Bundeswehr zu rechnen, obgleich der Bevölkerungs- und Katastrophenschutz durch die zuständigen zivilen Stellen grundsätzlich auch ohne Unterstützung durch die Streitkräfte sichergestellt werden muss. Er ist Aufgabe ziviler Strukturen auf allen Verwaltungsebenen sowie ziviler Hilfsorganisationen, welche entsprechende Kapazitäten vorhalten.

Die Bundeswehr verfügt über die Möglichkeiten, im Rahmen der Amtshilfe bei Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen im In- und Ausland mit verfügbaren Mitteln und Fähigkeiten zu unterstützen. Vor dem Hintergrund des Klimawandels gilt es, den absehbar steigenden Bedarf an Hilfeleistungen durch die Bundeswehr kontinuierlich zu beobachten, um bei Bedarf umgehend reagieren zu können. Tragfähige und bereits vor Eintritt einer Krise bzw. Katastrophe etablierte Strukturen der zivil-militärischen Zusammenarbeit sind essentiell. Diese können dazu beitragen, die Folgen von Naturkatastrophen und Extremwetterereignissen besser zu bewältigen. Die bislang bewährten Strukturen und Verfahren des territorialen Netzwerks der Bundeswehr in Zusammenarbeit mit zivilen Akteuren sind daher konsequent zu üben und weiterzuentwickeln. Auch die Verfahren, um bilateral oder international Hilfe zu leisten oder anzufordern, sind zu betrachten.



In diesem Handlungsfeld sind folgende Zielvorgaben zu erreichen:

- ⇒ Interne Verfahren beim Eintreten einer Naturkatastrophe oder eines Extremwetterereignisses bis zur möglichen Unterstützung durch die Bundeswehr sind überprüft und verbessert, um notwendige Unterstützung bei verfügbaren Ressourcen schneller zur Wirkung zu bringen.
- ⇒ Die bestehenden Strukturen und Verfahren des territorialen Netzwerks der Bundeswehr in Zusammenarbeit mit zivilen Akteuren sind beübt, überprüft und werden kontinuierlich an die dynamischen Entwicklungen angepasst.
- ⇒ Der Austausch mit den zuständigen Ressorts und Verwaltungsbereichen ist gestärkt, um kontinuierlichen Informationsfluss und enge Zusammenarbeit zu gewährleisten.
- ⇒ Internationale zivil-militärische Zusammenarbeit – wie z.B. mit dem Amt der VN für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UN OCHA), den VN-Länderteams (UNCT), dem Euro-Atlantic Disaster Response Coordination Centre der NATO, und dem Emergency Response Coordination Centre der EU – ist vertieft.



Handlungsfeld 8 – Zusammenarbeit und Partnerschaften

Wie in den vorangegangenen Handlungsfeldern dargelegt, ergeben sich zahlreiche Möglichkeiten, um den Herausforderungen des Klimawandels für Sicherheit und Verteidigung gemeinsam mit Partnern zu begegnen. Bereits existierende Kanäle und Dialoge auf nationaler, bilateraler und internationaler Ebene werden daher verstärkt genutzt, um Kooperationspotenziale und Synergieeffekte zu identifizieren und auszuschöpfen. Die zunehmende Befassung multilateraler Organisationen wie EU, NATO, OSZE und VN mit den Auswirkungen des Klimawandels auf Sicherheit und Verteidigung sowie die aus dem Strategischen Kompass abgeleitete Verpflichtung für die EU-Mitgliedstaaten schaffen ein besonderes Momentum für ein verstärktes Engagement.

Daher gilt es, sich aktiv in die Befassung mit den Auswirkungen des Klimawandels auf Sicherheit und Verteidigung einzubringen. Auf nationaler Ebene muss ein Schwerpunkt auf die Vertiefung und Ausweitung des Austausches mit den Ressorts der Bundesregierung, nationalen Forschungseinrichtungen und Think Tanks gelegt werden. Auf europäischer und internationaler Ebene spielen bilaterale Partnerschaften sowie der multilaterale Austausch und die Zusammenarbeit in EU, NATO, OSZE und VN eine zentrale Rolle in allen Handlungsfeldern dieser Strategie.

In diesem Handlungsfeld sind folgende Zielvorgaben zu erreichen:

- ⇒ Der ressortübergreifende Austausch ist vertieft und verstetigt.
- ⇒ Der Austausch und die Zusammenarbeit mit Think Tanks, Forschungseinrichtungen, Nichtregierungsorganisationen und weiteren Akteuren ist ausgebaut.
- ⇒ Bi- und multilaterale Austausch- und Kooperationsformate sowie Projekte werden genutzt, um die Relevanz des Themas zu unterstreichen, Kooperationspotenziale zu identifizieren und gemeinsame Initiativen umzusetzen.
- ⇒ Verschiedene Elemente der Bundeswehr im Ausland sind angewiesen, relevante Informationen zu sammeln, auszutauschen und Kooperationsmöglichkeiten zu identifizieren.
- ⇒ Das Bundesministerium der Verteidigung setzt sich in EU, NATO, OSZE und VN dafür ein, das Engagement zu den Auswirkungen des Klimawandels weiter zu stärken und für die Herausforderungen des Klimawandels für Sicherheit und Verteidigung zu sensibilisieren.
- ⇒ Das Bundesministerium der Verteidigung beteiligt sich weiterhin am „Climate and Defense Network“ der EU-Mitgliedstaaten und Institutionen als zentrales Austauschforum zu verteidigungspolitischen Aspekten des Klima-

wandels und setzt sich kontinuierlich für die Steigerung des gemeinsamen Engagements ein. Dies umfasst auch die stärkere Integration des Themas in bestehende Verteidigungsinitiativen.

⇒ Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit dem NATO Climate Change and Security Centre of Excellence in Kanada, und dem NATO Energy Security Centre of Excellence in Litauen, an denen sich jeweils das Bundesministerium der Verteidigung personell beteiligt, werden genutzt.

⇒ Im Rahmen der OSZE setzt sich das Bundesministerium der Verteidigung verstärkt für die Auseinandersetzung mit den Auswirkungen des Klimawandels auf die politisch-militärische Sicherheit im OSZE-Raum ein, initiiert und unterstützt Initiativen.

⇒ Das Bundesministerium der Verteidigung bringt das Thema politisch und fachlich innerhalb der VN weiter voran. Dies beinhaltet die Ertüchtigung des VN-Sekretariats, der Friedensmissionen sowie die Unterstützung von Truppenstellern. Der Peacekeeping Ministerial-Prozess wird mit Beiträgen zur Steigerung der Operativen Resilienz unterstützt.



Umsetzung und weiteres Vorgehen



Die vorliegende Strategie stellt die Weichen, um den Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung umfassend und zukunftsweisend auf die Herausforderungen des Klimawandels konzeptionell vorzubereiten. Somit trägt sie dazu bei, die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr zur Erfüllung der Aufgaben und Aufträge auch in der Zukunft uneingeschränkt sicherzustellen.

Die acht Handlungsfelder der vorliegenden Strategie formulieren klare Zielvorgaben. Diese Zielvorgaben sind nach Veröffentlichung der Strategie in internen Aktionsplänen für die verschiedenen Handlungsfelder zu operationalisieren und in konkrete Maßnahmen und Zuständigkeiten entlang festgelegter Zeitlinien zu übersetzen. Diese Aktionspläne werden bis Ende des Jahres 2024 durch die federführenden Abteilungen im Bundesministerium der Verteidigung erarbeitet und ihre Umsetzung kontinuierlich intern nachgehalten.

Darüber hinaus findet in regelmäßigen Abständen eine Konferenz „Verteidigung und Klimawandel“ des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung statt. Neben der Darstellung der umgesetzten Maßnahmen der vorliegenden Strategie dient die Konferenz als Rahmen, um im Austausch mit ausgewählten nationalen und internationalen Partnern, Forschungseinrichtungen, Think Tanks oder auch der Industrie, die dynamischen Entwicklungen im Hinblick auf die Auswirkungen des Klimawandels auf Sicherheit und Verteidigung zu diskutieren, die umgesetzten Maßnahmen zu bewerten und neues Ausrichtungs- und Handlungspotenzial zu identifizieren.

Die vorliegende Strategie wird bei Bedarf den Erfordernissen entsprechend aktualisiert, um den dynamischen Entwicklungen des Klimawandels Rechnung zu tragen.

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg)

Gestaltung, Satz und Druck

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz
und Dienstleistungen der Bundeswehr
DL I 4, Zentraldruckerei BAIUDBw
Fontainengraben 200
53123 Bonn

Stand

März 2024

Hinweis

Die Broschüre ist Teil der Informationsarbeit der Bundeswehr. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Bildnachweise

Titelseite Gärtner / Bundeswehr

Seite 4 Tessensohn / Bundeswehr

Seite 5 Jankowski / Bundeswehr

Seite 6 Neumann / Bundeswehr

Seite 8 Schulz / Bundeswehr

Seite 10 Twardy / Bundeswehr

Seite 12 Berensmann / Bundeswehr

Seite 14 Lenz / Bundeswehr

Seite 16 Audenrieth / Bundeswehr

Seite 20 Schulz / Bundeswehr

Seite 21 Schaller / Bundeswehr

Seite 22 PAO EFP / Bundeswehr

Seite 24 Dorow / Bundeswehr

Seite 27 Bundeswehr

Seite 28 Marterer / Bundeswehr

Seite 29 Weinrich / Bundeswehr

Seite 31 Voßen / Bundeswehr

Seite 32 Warner / Bundeswehr



BUNDESWEHR